
FDP Großkrotzenburg

VOM FOSSILEN, KONVENTIONELLEN GROSSKRAFTWERK ZUM INNOVATIVEN ENERGIEENTWICKLUNGSPARK

13.08.2019

Die Großkrotzenburger FDP-Fraktion hält es für dringend erforderlich, dass die ausser Betrieb genommenen Anlagen des Kraftwerks Staudinger baldmöglichst rückgebaut werden, um so Flächen für die Ansiedlung neuer, Gewerbesteuer zahlenden Betriebe freizumachen.

Ein Großteil der Gewerbe-und Industrieflächen in der Gemarkung Großkrotzenburg wird durch das Kraftwerk Staudinger belegt. Drei der fünf Kraftwerksblöcke und Teile des Kohlelagers sind stillgelegt und blockieren für die Gemeinde Großkrotzenburg wertvolle Gewerbeflächen.

Bei der Einwohnerschaft wächst zunehmend der Unmut, dass ausbleibende Gewerbesteuereinnahmen zu steigenden Grundsteuerhebesätzen führen.

Versuche neue Industrie- oder Gewerbeeinrichtungen auf dem Kraftwerksgelände anzusiedeln scheitern unter anderem daran, dass die Flächen durch die stillgelegten Altanlagen immer noch belegt sind.

Der Kraftwerksbetreiber Uniper hat zwar in den letzten Monaten verschiedene Planungen für die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe von einer Teer-Recyclinganlage bis hin zu Rechenzentren vorgestellt. Die FDP sieht ein wesentliches Problem bei der Verwirklichung solcher Pläne aber darin, dass Investoren für die Errichtung eines Rechenzentrums sofort starten wollen und nicht erst in fünf Jahren, wenn die ausser Betrieb genommenen drei Kraftwerksblöcke vollständig abgetragen sind. Die angedachte Teer-Recyclinganlage ist inzwischen auch wieder vom Tisch, da die Betreiberfirma das Interesse verloren hat und die Gemeindevertretung durch Beschlüsse zur Bauleitplanung

entsprechende Vorhaben ausgeschlossen hat.

Um eine Wiederbelebung der Gewerbeaktivitäten in der Gemeinde zu erreichen, hält es die FDP-Fraktion daher für dringend notwendig, den Rückbau unabhängig von einer konkreten Flächennutzung voranzutreiben.

Ziel der Großkrotzenburger FDP-Fraktion ist es daher, im Schulterschluss mit den anderen Fraktionen in der Gemeindevertretung bei den hessischen Ministerien für Wirtschaft und Umwelt und dem Regierungspräsidium darauf zu dringen, eine Rückbauverpflichtung mit einem festen, kurzfristigen Zeitplan zu erwirken. Sie wird in dieser Angelegenheit auch Kontakt zur FDP-Landtagsfraktion aufnehmen. Die FDP legt Wert darauf, den vertrauensvollen Dialog mit Uniper und dem Kraftwerk Staudinger fortzusetzen.

Weiter soll nach den Vorstellungen der FDP mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium darüber gesprochen werden, wie Mittel aus dem Kohleausstiegsetbudget und andere Fördermittel sinnvoll zur Entwicklung alternativer Verfahren zur Nutzung erneuerbarer Energien unter Einbindung von Forschungseinrichtungen und Hochschulen aus dem Umfeld Hessens und Bayerns am Standort Staudinger eingesetzt werden können, mit der Zielsetzung die hohen Anforderungen der CO₂-Einsparpotenziale zu erreichen. Dazu bietet sich der Standort mit einem Netzknoten im Verbundnetz für elektrische Energie und zwei vorbeiführenden Ferngastrassen ideal an. Denkbar wären die Erprobung von Verfahren für die Speicherung elektrischer Energie wie Redoxflow-Speicher, Power-to-Liquid und Power-to-Gas, mit der Erzeugung von Wasserstoffgas oder der Gewinnung von Methangas aus Wasserstoff und Kohlendioxid. Auch der Test einer Brennstoffzelle im großtechnischen Maßstab wäre denkbar.